



Betreff **Eröffnungsrede Karl Haeusgen,
Maschinenbau-Gipfel 2023**

Hauptgeschäftsführung

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Dr. Habeck,
sehr geehrte Ehrengäste,
liebe VDMA-Mitglieder,
meine Damen und Herren,

Wir treffen uns hier in einem sicheren Gebäude, das sich in einer weltoffenen, liberalen Stadt befindet, die gleichzeitig die Hauptstadt eines wohlhabenden, freien und friedlichen Staates ist, der Teil ist eines Europas der kulturellen Vielfalt und zivilisatorischen Errungenschaften. Waren Sie dafür heute schon dankbar? Lassen Sie uns einen Moment lang dankbar sein!

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, zu Beginn meiner Rede über die entsetzlichen Ereignisse zu sprechen, die sich in den letzten Wochen im Nahen Osten abgespielt haben. Der Angriff der Hamas auf Israel ist unfassbar und ein unmenschlicher Zivilisationsbruch. Es erschüttert uns zutiefst, wenn wir sehen, wie Menschen – von Hass geleitet – anderen Menschen so viel Grausamkeit und Leid antun.

Wir verurteilen, wir verabscheuen diese Gräueltaten, die israelischen Bürgerinnen und Bürgern widerfahren. Es gibt keine Relativierung, keine Rechtfertigung.

Wir stehen fest an der Seite der internationalen Staatengemeinschaft und der deutschen Bundesregierung in ihren diplomatischen Bemühungen, einen Flächenbrand in der Region zu verhindern und die zivile Bevölkerung im Kriegsgebiet zu schützen.

Wir sind ebenso zutiefst entsetzt über die Abgründe antisemitischer und anti-israelischer Äußerungen in unserer Zivilgesellschaft und verurteilen diese mit der gleichen Konsequenz. Nicht jede Israelkritik ist Antisemitismus! Aber wie oft ist einseitige Israelkritik das Trojanische Pferd, mit dem sich der Antisemitismus einschleicht?

Es ist unsere Pflicht, zusammenzustehen an der Seite der israelischen Bürgerinnen und Bürger und des Staates Israel. Es ist unsere Pflicht, mit Zivilcourage allen Formen des Antisemitismus in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.

In dieser Zeit, in der es so leicht ist, von anderen drängenden Fragen abgelenkt zu werden, dürfen wir nicht vergessen, dass auch der unmenschliche Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine jeden Tag auf brutale Weise fortgesetzt wird und immenses Leid verursacht. In nassen kalten Schützengräben sterben jeden Tag Menschen, in bombardierten Gebäuden, im Häuserkampf, in Minenfeldern.

Unsere Unterstützung für die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland dürfen daher nicht aufhören. Wladimir Putin und seine Clique haben nach wie vor das Ziel, unser freiheitliches Gesellschaftssystem zu destabilisieren. Es ist daher unsere Verantwortung in unserem ureigenen Interesse, weiterhin an der Seite der Ukraine zu stehen, politisch, wirtschaftlich und militärisch.

Lassen Sie uns nochmal kurz dankbar sein, dass wir hier in Sicherheit und Freiheit tagen und diskutieren können...

Die Kriege in der Welt um uns herum beschäftigen uns aber auch aus anderen Gründen: Ihre Folgen haben unmittelbare Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und damit auf den Standort Deutschland und Europa.

Das ist auch jenes Thema, das unseren Mitgliedern am meisten unter den Nägeln brennt: die Zukunft des Standorts. Und es ist deshalb auch das überwölbende Thema des gesamten Maschinenbau-Gipfels 2023.

Unbestreitbar ist, dass die Frustration in der Industrie über die Wirtschafts- und Standortpolitik in unserem Land zunimmt. Diese Unzufriedenheit erstreckt sich auf viele Branchen, und

ich selbst, als Präsident des VDMA, bekomme diesen Zorn zu spüren. Viele unserer Mitglieder fordern, energisch auf den Tisch zu hauen und ihre Unzufriedenheit lautstark zu äußern.

Wir alle hier im Raum kennen die Kernpunkte dieser Unzufriedenheit: Hohe Energiekosten, immer noch lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, zunehmende Verwaltungskosten durch Unmengen kleinteiliger Regulierung und Berichtspflichten, Infrastrukturmängel physisch und digital, Fachkräftemangel, ein starres und praxisfernes Arbeitsrecht. Es gibt viel zu tun und zu verändern, sehr geehrter Herr Habeck!

In einigen Industriebranchen hat sich die Lage dramatisch verschärft, sei es in der Chemieindustrie, bei Gießereien oder bei Stahlerzeugern und anderen Grundstoffindustrien. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie in Deutschland auf eine sehr ungünstige Faktorkombination aus Energieintensität, Mangel an nationalen Rohstoffen und hohe Arbeitskosten treffen. Wir müssen der Realität ins Auge blicken, dass sich diese Faktorkombination auch mittel- und langfristig nicht fundamental ändern wird. Wir werden in Deutschland eine Erosion dieser Industrien sehen, wenn auch kein komplettes Verschwinden.

Dieser Prozess ist nicht neu und hat lange vor dem Energiepreisschock des letzten Jahres begonnen. Wenn BMW heute sein größtes Werk in den USA betreibt und BASF seine weltweit größte Einzelinvestition in China hochzieht, dann sind diese Entscheidungen vor vielen Jahren gefallen und haben nichts, aber auch gar nichts mit den Energiepreisen vom letzten Jahr zu tun. Gegen diese tektonische Verschiebung „anzusubventionieren“, ist ein aussichtsloses Unterfangen.

Das hat Auswirkungen auch auf uns, die Zulieferer dieser Industrien. Deshalb von einer Deindustrialisierung zu sprechen, ist sachlich falsch. Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland liegt seit Jahren konstant bei etwas über 20 Prozent. Das ist ein hohes Niveau ist, das viele andere Länder gerne hätten. Und die Exportquote des Maschinenbaus liegt bei 80% plus x – unser Geschäftsmodell ist nicht davon abhängig, ob unsere Kunden ihre Standorte in Duisburg, Südspanien oder Kentucky bauen. Deshalb sollten wir selbstbewusst auftreten.

Wir sollten ehrgeizig sein, dieses Land und diesen Industriestandort wettbewerbsfähiger und effizienter zu machen! Und wir sollten realistisch bleiben im horizontalen Vergleich! Immer wieder wird derzeit Frankreich gelobt wegen des niedrigen Industriestrompreises – aber

kommt deshalb ernsthaft jemand auf die Idee, seine Produktion die „Grande Nation“ zu verlagern? Sozialpartnerschaft ist eben auch ein Standortfaktor. Ja, wir haben einen massiven Fachkräftemangel – wer jedoch jemals eine Produktion in USA aufgebaut hat oder dies vorhat, der erkennt, wie miserabel das Arbeitskräfteangebot dort ist, IRA hin oder her. Und wer im boomenden Wachstumsmarkt Indien ein Grundstück kaufen will und eine Baugenehmigung beantragt, der erkennt, dass Rechtssicherheit und Abwesenheit von Nebenabgaben eben auch Standortvorteile sind.

Dennoch gibt es natürlich Handlungsbedarf in Bezug auf die Industrie-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Die derzeitige Regierung hat einige wirtschaftsfreundliche Gesetze erlassen und Maßnahmen umgesetzt:

- Die Abschaffung der EEG Umlage
- Die Gas- und Strompreisbremse, die ja auch verlängert wird
- Das Inflationsausgleichsgesetz
- 100 Mrd. für die Bundeswehr
- Die Gesetze zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und verwaltungsgerechtl. verfahren
- Das Bürokratienteilungsgesetz – ein ehrenwerter Anfang, mit viel Luft nach oben
- Das Wachstumschancengesetz, das es allerdings noch zu verabschieden gilt

Gleichzeitig gibt es immer noch erhebliche strukturelle Herausforderungen, die angegangen werden müssen, um unseren Standort im internationalen Wettbewerb zu stärken.

Der VDMA hat in seinem aktuellen Positionspapier eine ganze Reihe von Faktoren identifiziert, die ganz oben auf die politische To-do-Liste gehören.

Der Faktor Bürokratie ist dabei von zentraler Bedeutung. Wir müssen eine Erfolgskontrolle der bereits eingeleiteten Maßnahmen durchführen und die regulierungsinduzierten Verwaltungskosten, insbesondere für den Mittelstand, müssen weiter reduziert werden. Dies gilt für nationale Gesetze, kommunale Vorschriften aber auch ganz besonders im Hinblick auf EU-Regulierungen.

Ein guter Start wäre es, das EU-Lieferkettengesetz in seiner aktuellen Form zu stoppen. Dieses Gesetz wird die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen weiter verschlechtern und zu keiner Verbesserung der Menschenrechtsslage führen. Das Gegenteil

wird eintreten, wenn europäische Unternehmen viele Märkte in Schwellenländern wegen dieses Gesetzes und der damit verbundenen Haftungsrisiken verlassen und nicht-europäische Unternehmen deren Platz einnehmen.

Ein weiterer Schlüsselfaktor ist die Unternehmensbesteuerung. Im Jahr 2021 betrug die Ertragsteuerbelastung für Kapitalgesellschaften in Deutschland 29,9%, während der OECD-Schnitt bei 23,5% lag. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben und Innovationen sowie Investitionen im Land zu stärken, benötigen wir ein anderes steuerliches Umfeld. Steuerliche Forschungsförderung ohne Deckel, verbesserte Abschreibungsbedingungen und erleichterte Regelungen für Verlustvorträge und -rückträge. Das Wachstumschancengesetz ist ein guter erster Schritt auf diesem Weg und wir hoffen auf dessen schnelle Verabschiedung. Etwas mehr Mut hätte dem Gesetz nicht geschadet, aber immerhin.

Lieber Herr Habeck, Sie fordern die Aufhebung oder zumindest die Lockerung der Schuldenbremse um unter anderem den Industriestrompreis zu finanzieren. Beerdigen Sie dieses strukturkonservative und überdimensionierte Subventions-Projekt und gehen Sie eine Steuerreform an, die unser Steuersystem wettbewerbsfähiger und sozialer macht, indem Sie die Unternehmen entlasten und in den unteren und mittleren Einkommensgruppen den Menschen mehr Netto vom Brutto geben! Sie werden sich wundern, wie viele Befürworter für eine temporäre Aufhebung der Schuldenbremse Sie dann finden würden!

Der Faktor Arbeitskosten und Fachkräfte spielt eine entscheidende Rolle in unserer Wirtschaft. Deutschland zählt zu den teuersten EU-Maschinenbaustandorten, was mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erfordert. Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist eine der größten Herausforderungen, der wir gegenüberstehen. Wir müssen die durchschnittliche Wochen- und Lebensarbeitszeit verlängern, das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, inländische Beschäftigungspotenziale durch Bildung, Weiterbildung und Kinderbetreuung besser nutzen und eine Willkommenskultur für ausländische Arbeitskräfte schaffen. Und noch eine Anmerkung zu den Wochenarbeitszeiten in unserer Branche: Im Gegensatz zur Spitze der IG Metall sind die Menschen in den Betrieben gerne mehrheitlich bereit auf 40 Stunden zu gehen bei entsprechendem Lohnausgleich! 40 Wochenstunden müssen auch im Metallbereich das neue Normal werden, so wie es in vielen anderen Branchen und EU-Ländern eine Selbstverständlichkeit ist.

Und natürlich sind die Energiekosten für die Industrie derzeit ein Mühlstein am Hals. Die Lösung hat drei Komponenten:

- Ein neues europäisches Strommarktdesign. Hier werden aktuell Fortschritte erzielt, der Dampf im Kessel muss hoch bleiben, das muss schnell kommen!
- Die Ausweitung des inländischen Angebots an Energieerzeugung, also den schnellen massiven Ausbau erneuerbarer Energien einerseits und eine Kraftwerksstrategie, die in wenigen Wochen endlich fertig ist und ab Januar in die Umsetzung, sprich in die ersten Ausschreibungen geht!
- Und internationale Energiepartnerschaften, weil Deutschland immer Nettoenergieimporteur bleiben wird und wir unsere Risiken entsprechend diversifizieren müssen

Gut an der intensiven Standortdebatte ist, dass die Aufmerksamkeit für das Thema Wirtschaft in Politik, Medien und Öffentlichkeit stark angestiegen ist. „It’s the economy, stupid!“ hat endlich auch bei uns in der manchmal schon sehr satten Bundesrepublik wieder den richtigen Stellenwert!

Leider ist die Versuchung groß, sich mit immer neuen staatlichen Subventionen und wohlklingenden Schutzmaßnahmen Zeit zu erkaufen und die notwendigen Transformationsprozesse hinauszuzögern oder ganz schmerzfrei zu gestalten. Nie in der Geschichte der Bundesrepublik und der EU wurden so viel öffentliche Gelder für Unternehmen und Wirtschaft zur Verfügung gestellt wie zur Zeit. Das ist nicht der richtige Weg, um langfristige Lösungen für unsere Standortprobleme zu finden. Subventionen, auch steuerliche Subventionen, müssen an klare Kriterien gebunden sein:

- Volkswirtschaftliche Relevanz
- Nachhaltige Geschäftsmodelle
- Zeitlich und im Betrag klar begrenzt
- Degressiv ausgestaltet
- Transparent und mit Ergebnis-Monitoring

Herr Dr. Habeck, wir setzen deswegen auf Sie, dass Sie bei der Umsetzung der Industriestrategie die richtige Balance zwischen angemessenen staatlichen Eingriffen und der notwendigen unternehmerischen Freiheit finden. Und glauben Sie mir: das ist nicht die schöpferische Zerstörung von Schumpeter sondern der effiziente Mitteleinsatz verantwortlicher

Politik! Vertrauen Sie den Menschen im Mittelstand! Vertrauen Sie Managern und Unternehmern! Vertrauen Sie der sozialen Marktwirtschaft!

Die Marktkräfte zu stärken, ist genau deshalb so wichtig, weil die globale Konkurrenz zunehmend auf Abschottung oder zumindest auf „Blockbildung“ setzt.

Die Industriepolitik der Volksrepublik China ist eine nationalisierende Politik schrittweiser Autarkie. Entgegen den oft wiederholten offiziellen Verlautbarungen strebt China keine offenen Märkte in einer globalisierten Wirtschaftswelt an. China nutzt offene Märkte dort, wo sie dem Ziel Chinas, der wirtschaftlichen Dominanz und Unabhängigkeit, nutzen und verschließt die Märkte dort, wo das nicht der Fall ist. Während der Marktanteil internationaler Hersteller von Windkraftanlagen in China innerhalb weniger Jahre auf Null gestellt wurde, beschwert sich China jetzt bei der EU, dass für diese Anlagen innerhalb der EU nun „local content“ oder vergleichbare Konzepte erarbeitet werden. In dieser und in zahlreichen anderen Branchen sind in China durch staatliche Subventionierung und Fehlallokation riesige Überkapazitäten entstanden, die nun auf den Weltmarkt „gedumpt“ werden. Dazu gehören auch Solarpaneele und Elektroautos.

Die USA wiederum haben nach Jahrzehnten einer schleichenden Deindustrialisierung tatsächlich erkannt – übrigens schon unter Obama – dass eine große Volkswirtschaft ohne industrielle Produktion ihren Wohlstand nicht halten kann. Der IRA ist ein weiteres in einer Reihe von großen Gesetzespaketen, die die industrielle Basis in den USA wiederbeleben sollen. Damit sind die USA ein Magnet für Investitionen geworden.

Wir sind entschlossen, dem internationalen Wettbewerb standzuhalten, und ich will ganz fest glauben, Herr Habeck, Sie und Ihre Kollegen sind es weitgehend auch.

In Deutschland und Europa gibt es eine intensive Debatte darüber, wie sich die Politik und Wirtschaft gegenüber China positionieren sollen, angesichts der Veränderungen, die sich dort vollziehen bzw. längst vollzogen haben.

Es ist besorgniserregend, dass wir eine Reihe Maßnahmen der Bundesregierung sehen, die es Unternehmen erschweren, in China tätig zu sein. Dies betrifft Investitionsgarantien, Exportkreditversicherungen, Exportkontrollen, das Auslandsmesseprogramm und das

Outbound Investment Screening. Wir wissen, dass Unternehmen in der Lage sind, ihre eigenen Risiken einzuschätzen und zu managen. Es braucht keine zusätzliche „Entmutigung“ durch den Staat.

Die beste und wirkungsvollste Strategie zur wirtschaftlichen Einhegung Chinas ist der schnelle, entschiedene Abschluss von Freihandelsabkommen! Die Zeit, die Sie verbrauchen, um in der Regierung einen mauern Kompromiss für das falsche Projekt Industriestrompreis zu finden, sollten Sie und Ihre Experten mit den europäischen Kollegen verbringen, um endlich die Blockaden bei Freihandelsabkommen zu lösen. Während wir hier sitzen, hat Australien diese Verhandlungen mit der EU abgebrochen (Australien!), Mercosur ist immer noch blockiert, Indonesien geht nicht voran und Indien ist mindestens ein Jahr verspätet.

Freihandelsabkommen und eine internationale Rohstoffstrategie – das ist vorwärts gerichtete Gestaltung! Ermöglichen, statt behindern oder verbieten! Anreize statt Ge- und Verbote!

Vielleicht ist es gerade diese gefühlte oder tatsächliche Bevormundung in der Auffassung von Wirtschaftspolitik, die manche unter uns so zornig macht!

Es ist wichtig, dass Politik und Industrie in diesen geopolitisch schwierigen Zeiten eng zusammenarbeiten. Zusammenarbeit heißt nicht „Besser wissen“, Zusammenarbeit heißt vertrauen, diskutieren und gestalten. Deswegen freue ich mich sehr, dass Sie, lieber Herr Dr. Habeck, heute bei uns sind.

Lassen Sie uns dankbar sein, dass wir genau das machen können: Diskutieren und gestalten in Frieden, Sicherheit und Freiheit! Nichts ist selbstverständlich.

Vielen Dank! Lieber Herr Habeck, Sie haben das Wort.